

18.09.2008

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage 2691
des Abgeordneten Rüdiger Sagel fraktionslos
Drucksache 14/7297

„Anti-Islamisierungskongress“

Wortlaut der Kleinen Anfrage 2691 vom 12. August 2008:

Die rechtspopulistischen „Bürgerbewegungen“ „pro Köln“ und „pro NRW“ planen für den 19. September 2008 einen so genannten Anti-Islamisierungskongress in Köln. Als Mitveranstalter sind die FPÖ und die Vlaams Belang angekündigt. Der Kongress soll gleichzeitig den Kommunalwahlkampf der „pro-Bewegung“ in NRW einleiten und dazu dienen, im Vorfeld der Landtagswahlen auch landesweit Fuß zu fassen. Bekannte rechtspopulistische und rechts-extreme Personen wie der Chef der österreichischen FPÖ, Heinz-Christian Strache, der FPÖ-Europaabgeordnete Andreas Mölzer, der Vorsitzende des rassistischen Vlaams Belang aus Belgien und der Front National-Vorsitzende Jean Marie Le Pen sollen nach Angaben der Veranstalter ihre Teilnahme zugesagt haben.

Ein breites Bündnis von Organisationen und Einzelpersonen hat sich gegen den Kongress formiert. Das „Bündnis gegen pro Köln“ zählt weit über 100 Unterstützer/innen. Das Bündnis ruft dazu auf, das „internationale rassistische Treffen“ zu verhindern.

Ich frage vor diesem Hintergrund die Landesregierung:

1. Welche in- und ausländischen Organisationen und Einzelpersonen der extremen Rechten haben ihre Teilnahme an dem „Anti-Islamisierungskongress“ vom 19.-21. September in Köln angekündigt?
2. Erwartet die Landesregierung anlässlich des Kongresses Demonstrationen und Aufmärsche durch Organisationen der extremen Rechten und gibt es Anmeldungen für Gegendemonstrationen?

Datum des Originals: 16.09.2008/Ausgegeben: 22.09.2008

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

3. Inwieweit rechnet die Landesregierung mit einer Gefährdung der Sicherheitslage?
4. Wie bewertet die Landesregierung die inhaltliche Ausrichtung des Kongresses und die Seriosität der Auseinandersetzung mit dem Islam?
5. Wie bewertet die Landesregierung die Zielsetzung des Kongresses hinsichtlich des integrationspolitischen Ziels der Förderung des interkulturellen und interreligiösen Dialogs, der Integration von Menschen muslimischen Glaubens und des Zusammenlebens von Menschen verschiedener Religionszugehörigkeit und ethnischer Herkunft?

Antwort des Innenministers vom 16. September 2008 namens der Landesregierung im einvernehmen mit dem Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration:

Vorbemerkung

Die Gruppierung „pro Köln“, unterstützt von „pro NRW“, beabsichtigt, von Freitag, 19.09.2008, 07.00 Uhr bis Sonntag, 21.09.2008, 22.00 Uhr einen so bezeichneten „Anti-Islamisierungskongress“ zu veranstalten. Bei beiden Gruppierungen bestehen Anhaltspunkte für den Verdacht rechtsextremistischer Bestrebungen im Sinne des Verfassungsschutzgesetzes NRW. Die „Bürgerbewegung pro Köln e.V.“ klagt gegen die Beobachtung durch den Verfassungsschutz NRW und gegen die Veröffentlichung in den Verfassungsschutzberichten. Ein Verfahren ist beim OVG anhängig, nachdem das VG Düsseldorf das Vorliegen von Anhaltspunkten für den Verdacht rechtsextremistischer Bestrebungen bestätigt hat. Inzwischen ist beim VG Düsseldorf ein weiteres Klageverfahren anhängig.

Für den 19.09.2008 plant der Veranstalter eine Pressekonferenz sowie eine „alternative Stadtrundfahrt“ durch diverse Kölner Stadtviertel mit Pressebeteiligung. Am 20.09.2008 soll eine Kundgebung zum Thema *„Wahlkampföffnung zum Kommunalwahlkampf 2009: Nein zur Islamisierung Europas – Nein zur Kölner Groß-Moschee“* stattfinden, zu der „pro Köln“ ca. 1.000 Teilnehmer erwartet.

Zur Frage 1

An den Veranstaltungen sollen nach Angabe des Veranstalters (Stand August 2008) neben „pro Köln“ und „pro NRW“ verschiedene „rechtspopulistische“ Parteien aus dem europäischen Ausland teilnehmen, u. a. der belgische „Vlaams Belang“, die österreichische „FPÖ“ und der französische „Front National“. Auch die für die Kundgebung vorgesehenen Redner stammen zum Teil aus diesen Parteien (z. B. Jean-Marie Le Pen (Vorsitzender Front National), Filip Dewinter (Fraktionsvorsitzender Vlaams Belang), Andreas Mölzer (MdEP, FPÖ), Heinz-Christian Strache (Vorsitzender FPÖ), Harald Vilimsky (FPÖ). Zudem sollen Mario Borghezio (MdEP, Lega Nord), Henry Nitzsche (MdB, parteilos), Eva Klotz (Landtagsabgeordnete Südtirol), Harald Neubauer (Mitherausgeber der Publikation „Nation & Europa“) sowie Dr. Heiner Kappel (ehemals Deutsche Partei) zu Wort kommen. Aktuell nicht mehr als Redner/Teilnehmer vorgesehen sind Nick Griffin (Vorsitzender British National Party) und Robert Spieler (Vorsitzender Alsace d'abord).

Sonstige angekündigte Teilnehmer sind ferner eine Delegation der Jugendabteilung „Robert Taft Group“ (konservativer Zirkel der US-Republikaner) und evt. Jugendorganisationen des Vlaams Belang, der FPÖ, der Lega Nord sowie „patriotische Jugendbewegungen“ aus Spanien und Ungarn.

Zur Frage 2

Im Zusammenhang mit dem vom 19. bis 21.09.2008 in Köln stattfindenden „Anti-Islamisierungskongress“ von „pro Köln“ und „pro NRW“ hat die „Bürgerbewegung pro Köln e.V.“ beim Polizeipräsidium Köln für den 20.09.2008 eine Kundgebung als Versammlung im Sinne des Versammlungsgesetzes mit dem Thema „Wahlkampföffnung zum Kommunalwahlkampf 2009: Nein zur Islamisierung Europas - nein zur Kölner Groß-Moschee“ angemeldet. Der Veranstalter erwartet ca. 1000 Teilnehmer.

Gegen die im Zusammenhang mit dem „Anti-Islamisierungskongress“ stehenden Veranstaltungen sind bislang (Stand: 26.08.2008) von Gewerkschaften, Parteien, christlichen Kirchen, jüdischen Gemeinden etc. fünf Gegenveranstaltungen als Versammlungen im Sinne des Versammlungsgesetzes angemeldet worden. Mit der Teilnahme von insgesamt mehreren Tausend Personen an diesen Gegenveranstaltungen ist zu rechnen.

Zur Frage 3

Das Polizeipräsidium Köln geht nach derzeitiger Lagebeurteilung davon aus, dass insbesondere Angehörige linksextremistischer Gruppierungen versuchen werden, die Durchführung der Versammlung von „pro Köln“ und „pro NRW“ mit allen Mitteln zu verhindern. Dabei sind Gewalttätigkeiten durch diese Gruppierungen nicht ausgeschlossen.

Zur Bewältigung des Einsatzes wird dem Polizeipräsidium Köln ein Großaufgebot an Einheiten der Bereitschaftspolizei zur Verfügung stehen. Versammlungstypische Auseinandersetzungen werden allerdings insbesondere dann nicht auszuschließen sein, wenn gewaltbereite Gruppierungen aufeinander treffen sollten. Ziel des polizeilichen Einsatzkonzeptes ist es, dies zu verhindern und eine friedliche und gewaltfreie Durchführung der Veranstaltung zu gewährleisten.

Zur Frage 4

Auf der aktuellen Homepage von „pro Köln/pro NRW“ wird der Vorsitzende Markus Beisicht u. a. wie folgt zitiert: „Großmoscheen sind kein Beitrag zur Integration, sondern zementieren Parallelgesellschaften. Folglich werden wir im September in Köln gemeinsam mit unseren europäischen Freunden gegen orientalische Großmoscheen, Hassprediger, Minarette, Muezzinrufe und Parallelgesellschaften Stellung beziehen.“

Das Zitat belegt, dass es hier nicht um einen ergebnisoffenen Dialog geht, sondern um die öffentliche Demonstration einer durch Vereinfachung geprägten und ressentimentgeladenen Haltung gegenüber dem Islam. Den Veranstaltern ist daran gelegen, mit der Veranstaltung möglichst medienwirksam zu provozieren.

Für „pro Köln“ und „pro NRW“ ist die Veranstaltung der Einstieg in den nordrhein-westfälischen Kommunalwahlkampf mit ihrem Hauptthema, der Ausgrenzung großer Teile der Bevölkerung. Dabei versucht „pro Köln“, durch Anknüpfen an unterschwelligen Vorurteilen auf Stimmenfang zu gehen. Der „Kongress“ steht im Gegensatz zu allen Bemühungen um Förderung des interkulturellen und interreligiösen Dialogs. Es wird in den öffentlichen Verlautbarungen bewusst nicht zwischen Islam und Islamismus unterschieden. Derartige Veranstaltungen sind in hohem Maße kontraproduktiv für alle Bemühungen um Integration von Menschen muslimischen Glaubens und stehen einer sachlichen Problemlösung entgegen.

Auch wenn vorauszusehen ist, dass dieser „Kongress“ keine direkte Breitenwirkung entfalten wird, ist für „pro Köln“ bereits die Berichterstattung ein Erfolg.

Zur Frage 5

Die inhaltliche Ausrichtung des „Anti-Islamisierungskongresses“ steht im Gegensatz zur Politik der Landesregierung, den interkulturellen und interreligiösen Dialog zu fördern.